



zu erfüllen. Hier soll die angestrebte Polizeireform die Kräfte in der Region bündeln, wobei eine Priorisierung von Schutz und Hilfeleistung für die Bevölkerung im Notruf- und Soforteinsatz ganz oben steht. Auch soll bürgernahe Polizeiarbeit durch den Erhalt aller Standorte in den Stadtteilen, ein erfolgreiches KOP-Konzept und Prävention und Netzwerkarbeit erreicht werden.

Die Entwicklung im 110-Prozess bedeutet steigende Anforderungen durch mehr Einsätze, längere Einsatzdauern und mehr Einsatzkräfte vor Ort. Hier soll durch Stärkung und Zentralisierung entgegen gewirkt werden. Zudem soll der Prozess durch ca. 30 Kräfte verstärkt werden.

Die Aufgabe der Reviere besteht in der Konzentration auf die Stadtteile, Polizeipräsenz vor Ort, KOPs sollen nachbesetzt werden mit mehr als 100 Kräften. Die Anzeigenaufnahme soll zentralisiert werden und online erfolgen. Es werden jedoch erst ab 2018 ca. nach und nach 120 neue Polizeibeamte nach ihrer Ausbildung den Dienst aufnehmen können. Die Stadt wird aufgeteilt in sechs Polizeikommissariate: Nord, West, Mitte, Ost I, Ost II und Süd. Alle Reviere sollen erhalten bleiben.

Dem Standort Woltmershausen bleibt ein Streifenwagen (24 Std/7 Tage) vorbehalten, auch um die Erreichbarkeit der Außenbezirke innerhalb von acht Minuten zu gewährleisten. Dieser kann jedoch bei Bedarf in die anderen Stadtteile beordert werden im Notfall. Als Verstärkung kommt ein weiterer KOP aus der Neustadt, der die Kollegin in Woltmershausen unterstützen soll.

Es ergibt sich anschließend eine lebhafte Diskussion mit Beiräten und Anwohnern:

Die Zielzahl von 2600 Polizeibeamten für Bremen wird als noch zu gering eingeschätzt, wünschenswert wären eher bis zu 3000 Beamte, um die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen bewerkstelligen zu können und vor allem Präsenz in den Stadtteilen zu zeigen und so jedmöglicher Straftat vorzubeugen. Es wird für Seehausen und Strom ein KOP gefordert, der sich in den Ortsteilen auskennt und mit den Anwohnern vertraut ist.

Daraus ergibt sich ein einstimmig von beiden Beiräten gefasster Beschluss:

---

### **Antrag der Beiräte Strom und Seehausen**

#### Eine Vollzeitstelle für den Kontaktpolizisten in Strom und Seehausen

Die Übernahme der Beiratsbereiche Seehausen und Strom durch einen Kontaktpolizisten, der schon einen Bezirk betreut, hat sich nicht bewährt.

Im Gegenteil, Polizeipräsenz ist in Seehausen und Strom praktisch nicht mehr vorhanden. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Der Spardruck im Innenressort darf nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in Strom und Seehausen gehen!

Nach der Schließung der Polizeiaußenstelle in Seehausen ist den Bewohnern im Niedervieland die Zusage gegeben worden, dass ein Kontaktpolizist diese Aufgabe dauerhaft übernehmen wird.

Dieses Modell möchten wir unter anderem wieder hergestellt wissen, da:

- die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen, sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewährleistet sein muss, da dies zu den wesentlichen Faktoren der Lebens- und Standortqualität zählt, dazu gehört auch die Parkraum- und Verkehrsüberwachung
- im Falle eines Notrufs die Polizei innerhalb kürzester Zeit vor Ort sein muss
- sich das Aufgabengebiet durch das GVZ (Europas größtes Logistikzentrum) ständig erweitert und vergrößert hat
- er bei Wildunfällen die örtlichen Ansprechpartner kennt
- die Bürgersprechstunden wichtig sind
- er bei ausgebrochenem Vieh der Landwirte die örtlichen Gegebenheiten und Ansprechpartner kennt
- die Zusammenarbeit mit einem Kontaktpolizisten unbürokratisch und bürgernah funktioniert
- der Kindergarten und die zwei Grundschulen von ihm betreut werden
- er für die Prävention als Ansprechpartner vor Ort sehr wichtig ist.
- er im ständigen Kontakt mit den regionalen Autohändlern und Hotelbetreibern steht

**Die Beiräte Strom und Seehausen fordern den Senator für Inneres auf:**

**Die Stelle des Kontaktpolizisten für Strom und Seehausen wieder als Vollzeitstelle zu besetzen.**

---

Die Reform 2600 wird als unzureichend betrachtet, es wird gefordert, zuerst die Zielzahl von 2600 Beamten zu sichern, bevor eine Reform eingeleitet werden kann. Deshalb soll die Reform abgelehnt werden.

Die Sitzung wird beendet und die Beiräte ziehen sich in eine nichtöffentliche Beratung über einen entsprechenden Beschluss zurück.

---

OAL u. Vorsitz

---

Beiratssprecher

---

Protokoll